

Eine Gefährdung des Finanzsystems: Wenn die Banken Geld drucken

■ Cornelius Wittenberg

Es gibt wenig Dinge, von denen wir so abhängig sind, aber zugleich so wenig verstehen, wie vom Geld. Wissen Sie zum Beispiel wie Geld entsteht? Natürlich, werden Sie sagen: indem der Staat Münzen prägt und Banknoten druckt. Für einen geringen Teil unserer Zahlungsmittel trifft das zu. Der Löwenanteil allerdings besteht nicht aus Bargeld, sondern aus Buchungsvorgängen. Das wird uns sofort klar, wenn wir uns bewusst machen, wie wenig wir bar bezahlen und wie viel per Überweisung oder mit Geldkarten. Bankkonten, von denen die Bezahlung einer Rechnung mit Plastikgeld oder per Überweisung abge-

dann beliebig nutzen kann. Auf diese Weise entstehen 95 % aller Zahlungsmittel als unbares Geld, während nur 5 % Bargeld sind.

Das Entscheidende ist, dass diese Geldschöpfung nicht mehr durch den Staat, sondern durch Privatbanken erfolgt. Der Staat hat eines seiner wichtigsten Hoheitsrechte, nämlich das Monopol Geld zu drucken, damit verloren. Und das hat Folgen: Er bestimmt nicht mehr den Umfang der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel und ist damit einer inflationären Entwicklung durch Bankgeld ausgeliefert. Die Banken schaffen ihr Buchgeld aus dem Nichts. Dem Staat geht

Girokonten, die bei den Banken den jeweiligen Kunden eingeräumt werden. Durch diese private Geldschöpfung entgeht dem Staat allein in Deutschland ein jährlicher Geldschöpfungsgewinn von 80 Milliarden Euro. Und was noch hinzukommt: Das von den Banken geschöpfte Geld muss von den Nutzern dieses Buchgeldes, nämlich den Bankkunden, hoch verzinst werden.

Geld schaffen aus dem Nichts

Das Merkwürdige ist, dass diese Entwicklung, die durch die moderne Informationstechnik und die Globalisierung weltweit ist und unser Finanzsystem von Grund auf verändert hat, in der öffentlichen Diskussion so gut wie keine Rolle spielt, obwohl sie äußerst verhängnisvoll ist. Ich wiederhole: Der Staat hat eines seiner wichtigsten Souveränitätsrechte verloren, nämlich das alleinige Recht, gesetzliche Zahlungsmittel auszugeben und deren Umfang zu bestimmen. Dieses Hoheitsrecht wurde von Geschäftsbanken übernommen: Sie schaffen aus dem Nichts Geld, das ihnen zur Verfügung steht, und das sie gegen

hohe Zinsen verleihen und bestimmen gleichzeitig den Umfang der Geldmenge.

Auf diese dramatische Schief-

Wer Risiken nicht mehr durch Geldschöpfung aus dem Nichts finanzieren kann, sondern nur durch real existentes Geld, wird Risiken vermeiden.

lage der Machtverteilung zwischen dem Staat und den Banken weist eine im Jahr 2008 erschienene Publikation hin, die aus einer deutsch-britischen Gemeinschaftsarbeit der Finanzwissenschaftler Joseph Huber und James Robertson entstanden ist. Sie analysiert den Kreditmechanismus, der zur Geldschöpfung der Privatbanken führt, und entwickelt eine Alternative, die bereits im Titel der Veröffentlichung zum Ausdruck kommt. Er lautet: Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter. Der Vorschlag geht dahin, dem Staat das Privileg der Geldschöpfung dadurch zurückzugeben, dass die von den Privatbanken praktizierte Emission von unbarem Geld in Zukunft aus-

Der Staat hat eines seiner wichtigsten Hoheitsrechte verloren, nämlich das Monopol des Druckens von Geld.

bucht wird, funktionieren genauso wie Bargeld, weshalb man in diesen Fällen von Buchgeld spricht. Und dieses Buchgeld, das hin und her gebucht wird, entsteht wiederum durch einen einfachen Buchungsvorgang. Die Bank richtet ihrem Kunden ein Girokonto mit einem bestimmten Kreditrahmen ein, den er

dadurch gleichzeitig der Gewinn verloren, der mit dem Geldschöpfungsprozess verbunden ist. Er deckt sich im wesentlichen mit der Kaufkraft des geschöpften Geldes. Früher handelte es sich hierbei um den Wert der Münzen und gedruckten Banknoten, heute handelt es sich um den Wert der Sichtguthaben, auf

schließlich von den Zentralbanken übernommen wird. Sie schreibt das neu geschaffene Geld auf einem dafür vorgesehenen Regierungskonto gut. Dabei handelt es sich nicht um Kredite, die zu verzinsen sind, sondern um

lichkeiten des Kunden gegenüber der Bank verlieren. Sie würden nicht mehr in Gestalt von Kreditforderungen der Bank an ihre Kunden kreiern, sondern aus der Bilanz der Bank ausgegliedert und zum Eigentum der Kunden wer-

ten, um das Geld seiner Bürger zu retten und das Bankensystem vor dem Umkippen zu bewahren. Es würde gar nicht mehr so leicht umkippen, da die Banken überdimensionale Kreditrisiken und riskante Spekulationen in gleicher Weise vermeiden müssten. Wer solche Risiken nicht mehr durch Geldschöpfung aus dem Nichts finanzieren kann, sondern nur durch real existentes Geld, wird solche Risiken vermeiden.

Schon Abraham Lincoln

Viertens: Man würde die soziale Schieflage überwinden, die dadurch entsteht, dass die Banken hohe Geldschöpfungsgewinne und die Wohlhabenden hohe Zinseinnahmen einstreichen, während die Staatsverschuldung und die Sozialausgaben steigen. Die öffentlichen und die privaten Haushalte würden von den Zinszahlungen auf neu geschöpftes Geld der Banken befreit werden.

Huber und Robertson stellen fest: „Eine schuldenfreie Geldmenge, eine niedrigere Staatsverschuldung, ein besser ausgeglichener Staatshaushalt und eine niedrigere Steuerlast würden dazu beitragen, dass Unternehmen und private Haushalte über höhere Einkünfte verfügen und so eine breitere Vermögens- und Kapitalbasis aufbauen können. Dadurch würden sie unabhängiger von Subventionen, Sozialleistungen und Fremdkapital und könnten so besser für sich selbst und andere sorgen.“

Es soll hier nicht behauptet werden, dass dieser Reformvorschlag alle Probleme löst. Immerhin wird der Vorschlag von zwei renommierten Finanzwissenschaftlern vertreten, Joseph Huber, Professor an der Martin-Luther-Univer-

sität Halle, James Robertson, langjähriger Regierungsberater in London und ehemaliger Direktor eines Forschungsinstituts der britischen Banken. Ganz zu schweigen davon, dass auch schon einmal zwei US-Präsidenten an ähnliche Reformen dachten. Der eine war Thomas Jefferson (1743-1829), der davon überzeugt war, dass „den Banken das Emissionsrecht entzogen und dem Volk zurückgegeben werden sollte, dem es auch zusteht.“ Der andere war Abraham Lincoln (1809-1865). Auch er bestand darauf, dass die Regierung es sein solle, die alle Geld- und Kreditmittel schöpfen, emittieren und in Umlauf bringen sollte, die notwendig sind, damit Regierung und Konsumenten ihre Käufe tätigen können.

Unabhängig von den prominenten amerikanischen Befürwortern und den professionellen Finanzwissenschaftlern aus Europa fragt sich auch der Normalverbraucher, wenn er die Situation schließlich durchschaut, ob es richtig sein kann, dass die Geschäftsbanken und nicht der Staat sowohl über die Geldschöpfung als auch über die Verwendung des Geldes entscheiden. Huber und Robertson weisen zu Recht darauf hin: „Mit der Vergabe von Krediten üben die Banken eine Investitionskontrolle aus und haben damit eine Schlüsselposition bei der Verwendung des Geldes. Geldpolitische Entscheidungen aber, inklusive der Entscheidung über die Geldmenge, dürfen in einer freien und offenen marktwirtschaftlichen Ordnung gerade nicht den Banken überlassen werden. Sonst kommt es zu einer die freie Wirtschaftsordnung beeinträchtigenden Machtkonzentration.“ (S.38)

Geldpolitische Entscheidungen dürfen in einer freien und offenen marktwirtschaftlichen Ordnung nicht den Banken überlassen werden.

die zinsfreie Überlassung von Buchgeld. Das ist die erste Stufe.

Real vorhandenes Geld

Die zweite besteht darin, dass die Regierungen das neue Geld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringen. Auf diese Weise wird die Emission von neuem unbarem Geld zukünftig zu einer öffentlichen Einnahmequelle. Dem Staat kommt damit auch der Geldschöpfungsgewinn zu – in Höhe der Kaufkraft des von ihm per Buchungsvorgang geschaffenen Buchgelds. Die Geldschöpfung kommt nicht mehr den Geschäftsbanken, sondern dem Gemeinwohl zugute, in der gesamten EU in Höhe von 400 Milliarden Euro, in Deutschland in Höhe von 80 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass die Zentralbank, also die Deutsche Bundesbank bzw. die Europäische Zentralbank, die Kontrolle über den Geldumlauf und die damit verbundenen Inflationsgefahren zurückerhält, denn die Zentralbank entscheidet, in welcher Höhe sie Buchgeld schafft. Buchgeld wird per Gesetz dem Bargeld gleichgestellt und darf nur mehr von der Zentralbank und nicht mehr von Privatbanken geschaffen werden. Girokonten würden ihren Charakter als Verbind-

den. Das Kundenkonto würde dadurch entstehen, dass die Bank aus dem existierenden Geldbestand Geld zur Verfügung stellt oder von ihren eigenen Konten Geld umbucht. Was dann verzinst würde, wäre nicht eine aus dem Nichts geschaffene Geldsumme, sondern ein real zur Verfügung gestellter Betrag.

Die Vorteile für das gesamte Finanzsystem wären unübersehbar:

Erstens: Der Staatshaushalt würde durch den jährlichen Zufluss des Geldschöpfungsgewinns, den bisher die Privatbanken einstecken, erheblich entlastet.

Zweitens: Die Banken wären nicht mehr in der Lage, die Geldmenge um ein Vielfaches ihres Eigenkapitals aufzublähen und auf diese Weise die Inflation anzukurbeln oder unsichere Kredite zu vergeben, wie dies beispielsweise bei Millionen von Hypothekenkrediten in Amerika geschah, die dann die Finanzkrise auslösten.

Drittens: Würden sich die Banken übernehmen, wären die Konten ihrer Kunden nicht mehr gefährdet. Eine Insolvenz der Bank würde nur die Vermögenswerte der Bank selbst betreffen und der Staat müsste nicht mehr als finanzieller Nothelfer eintre-

Bedenkliche Oberflächlichkeit

Diese Feststellungen erhielten durch die jetzige Finanzkrise dramatische Aktualität. Dennoch werden sie von unseren Politikern ignoriert. Bei einer Bundesregierung, die sich bei ihren finanzpolitischen Maßnahmen von Großbanken beraten und ihre Rechtsverordnungen von deren Anwälten ausarbeiten

lässt, ist das kein Wunder. Der Gipfel in Washington wird in Berlin von dem Staatssekretär Jörg Asmussen vorbereitet, der noch vor wenigen Monaten den Handel mit all den Finanzderivaten empfahl, die inzwischen zum internationalen Finanzmüll wurden und die weltweite Krise auslösten. Statt über eine grundlegende Reform nachzudenken, ist le-

diglich von mehr Transparenz und Regulierung die Rede, von mehr Aufsicht und einer gewissen Einschränkung allzu riskanter Geschäfte die Rede. So viel Oberflächlichkeit der Regierenden ist unverantwortlich. Es ist dringend nötig, dass die politisch Verantwortlichen ein Gremium von finanzpolitischen Fachleuten aller Denkrichtungen einbe-

rufen, um sich fundierten Rat zu holen. Und wir Bürger sollten genau überwachen, ob unsere Politiker den Mut besitzen, den finanziellen Megamächten dieser Welt die Stirn zu bieten.

Die humoristische Ecke

Wir haben die Unterhaltungskünstler Nucnuc nach ihrer Sicht der aktuellen Krise gefragt. Das ist ihnen in den Sinn gekommen:

